

Winterthur - Gesicht einer Stadt

Autor(en): **Christoffel, Klaus**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizerische Bauzeitung**

Band (Jahr): **79 (1961)**

Heft 26

PDF erstellt am: **19.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-65558>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Winterthur — Gesicht der Stadt

Von Klaus Christoffel, S. I. A., Zürich

Fortsetzung von Seite 430

DK 711.4

8. Wohnhochhaus Weberstrasse im Mattenbachquartier

Wesentlich anders als die vorhergehenden Ueberlegungen, und im Pendelschlag der Entwicklung unserer heutigen Stadtauffassung näher, lauten die nachstehenden Darlegungen zum ersten in Winterthur erstellten Wohnhochhaus. Wir folgen dabei den Ausführungen des Architekten, *Herbert Isler*, Winterthur.

Die Idee für das Wohnhochhaus im Quartier Mattenbach-Talgut ist gewissermassen unter dem Zwang der Verhältnisse geboren. Das ganze Quartier war bis auf diese Eckparzelle zur Hauptsache überbaut. Die Quartierbauordnung gestattet bei einer Ausnützung von 0,6 nur dreigeschossige Bauten. Situationsstudien nach dieser Teilbauordnung in konventioneller Bauweise ergaben aber wegen den ungünstigen Grenzverhältnissen und den divergierenden Gebäuderichtungen rings um die Bauparzelle keine befriedigende Lösung. So kam es zum Versuch mit der Vertikalen, weil damit ausser genügenden Bauabständen keinerlei Rücksicht auf die Baukörperrichtungen in der Umgebung zu nehmen war (Bild 36). Die bestehende Ausnützungsziffer mit 0,6 ergab trotz konzentriertester Grundrisslösung eine maximale Bauhöhe von nur 12 Wohngeschossen in einer Umgebung mit drei- bis viergeschossigen Wohnblöcken. Um die Vertikalwirkung zu steigern, wurden die Fassaden durch undurchbrochene Wandscheiben gegliedert und diese in Kontrast zu den Fenster- und Balkonpartien gesetzt (Tafel 40). Die Grundrisse mit je einer Ein-, Zwei-, Drei- und Vierzimmerwohnung pro Geschoss zeigen keine Besonderheiten; es wurde aber Wert auf eine gute und gleichmässige Besonnung aller Wohnungen gelegt, weshalb der Baukörper genau in die Nordsüdaxe gestellt und die Seitenfronten nach vorn verjüngt wurden.



Bild 36. Wohnhochhaus Weberstrasse, Lageplan 1:2000. *H. Isler*, Architekt. Unten die Tösstalstrasse mit Trolleybusstation; die Weberstrasse ist ein Hauptzugang zum Mattenbachquartier. Das Hochhaus orientiert sich nach den Himmelsrichtungen; die unterirdische Garage besitzt direkten Zugang ins Hochhaus

Nach anfänglichem Zögern fand die Idee für ein Wohnhochhaus in einem sonst einheitlich überbauten Randquartier bei den zuständigen Behörden Zustimmung, so dass rd. drei Jahre nach der ersten Eingabe mit dem Bau begonnen werden konnte. Es erscheint durchaus begreiflich, dass ein erstes Hochhaus in dieser durch Hügelzüge bewegten Umgebung, allerdings abseits vom Altstadtzentrum, einer gründlichen städtebaulichen Abklärung bedurfte.

Der Bau selbst wurde in Backstein ausgeführt, wobei Innen- und Aussenmauern das tragende Gerüst bilden. Die Aussenmauern von 32 cm Stärke wurden nach dem Sandwich-System dreischalig mit tragender Innenwand von 18 cm, Steinwolle-Isolation von 2 cm und Putzträger von 12 cm ausgeführt, wobei die äussere Backsteinschale in regelmässigen Abständen durch Chrom-Nickelstahl-Schlaudern mit Dilatationsmöglichkeit mit der inneren Tragkonstruktion verbunden wurde.

Die Ingenieurarbeiten führte die Firma *Grünenfelder und Keller*, dipl. Ing., Winterthur, aus. *H. I.*

9. Ueberbauungsstudien für die verlängerte Endlikerstrasse

Mit einer Arbeit von Stadtbaumeister *E. Rüeegger* beschliesst sich unser Ueberblick zur Entwicklung des Winterthurer Wohnungsbaues.

Die Studien (siehe Tafel 40) gingen aus von einem Auftrag der städtischen Baukommission für einen generellen Bebauungsvorschlag. Im Gegensatz zu der zwar wohlgeordneten, aber vielleicht etwas monotonen und spannungslosen Bebauung der Umgebung soll hier eine weiträumige gemischte Bebauung ermöglicht werden. Ihre Begründung findet sich allein schon in der sozialen Schichtung der Bewohner eines Quartiers. Durch eine Konzentration in neugeschossige Scheiben- und drei- und viergeschossige Reihenmehrfamilienhäuser gelingt die Schaffung ungewöhnlich grosser, lebensfähiger Gartenräume und einer vorteilhaften Wohnatmosphäre. Durch die räumliche Anordnung der Baukörper und das Ineinandergreifen der Freiräume eröffnen sich abwechslungsreiche Raumfolgen und Durchblicke. Bei den quergestellten Scheibenhäusern wird durch die Wiederholung des Akzents eine unerwünschte Konkurrenz zum bereits bestehenden Wohnhochhaus (Objekt Nr. 8) in der Nachbarschaft vermieden, wie denn überhaupt weitere eigentliche Hochhäuser in der Umgebung dem Stadtbild abträglich wären. Am Rande des Gebiets wird Land für die ebenfalls vorgesehenen, teils freistehenden, teils in Reihen angeordneten Einfamilienhäuser vorgesehen.

Die Haustypen sehen im neugeschossigen Scheibenhäuser Kleinwohnungen für jungverheiratete oder kinderlose Ehepaare vor, die drei- und viergeschossigen Mehrfamilienhäuser enthalten die normalen Dreizimmer- bis Viereinhalbzimmer-Wohnungen, während die Einfamilienhäuser vorwiegend für kinderreiche Familien bestimmt wären. Ein kleines Quartierzentrum mit Lebensmittelgeschäft, Milchladen und Konditorei mit Tea-Room (darunter eine grosse unterirdische Einstellgarage statt der ästhetisch und finanziell weniger vorteilhaften Aufteilung ins ganze Quartier) und der Kindergarten werden folgerichtig an einem Fussweg aufgereiht, der von der Tösstalstrasse diagonal durch die ganze Ueberbauung bis zum Grünzug am Mattenbach führt.

Die Studien verfolgen den Zweck, für die Erschliessung und nötige Landumlegung, vor allem aber für die weitere Bauprojektierung, eine Richtlinie zu gewinnen. Der Umstand, dass wenige Grundeigentümer und die Stadt selber sich in das

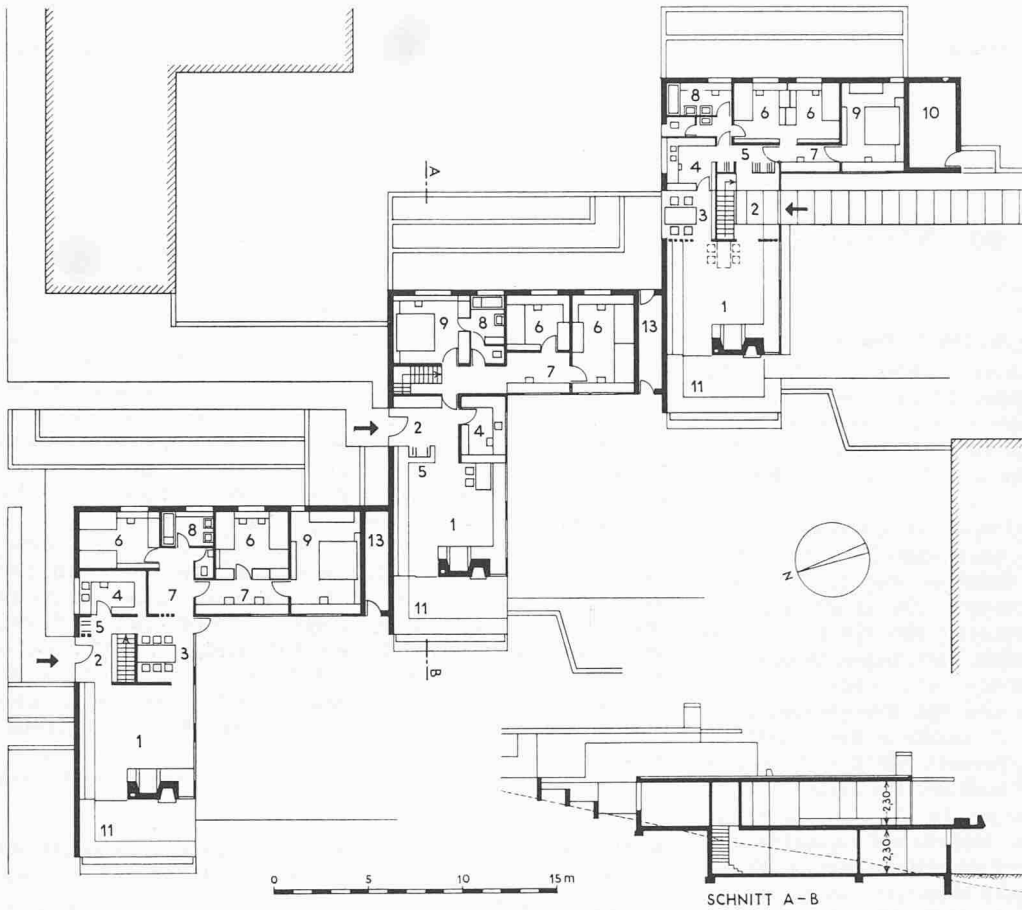


Bild 37. Hangüberbauung an der Burgstrasse in Winterthur-Wülflingen mit individuellen Grundrissen entsprechend den Bedürfnissen der einzelnen Familien. Erdgeschossgrundriss 1:400 und Querschnitt A-B durch Wohn- und Arbeitsräume (gegen rechts ein breit auskragender Balkon vor dem gross dimensionierten Wohnraum)

1 Wohnraum, 2 Eingang, 3 Essplatz, 4 Küche, 5 Garderobe, 6 Kinderzimmer, 7 Vorplatz, 8 Bad, 9 Elternzimmer, 10 Gartengeräteraum, 11 Terrasse

Arch. Prof. U. I. Baumgartner, Winterthur

Gebiet teilen, verpflichtet zu einer sorgfältig abgewogenen und einheitlich konzipierten Lösung. Der Gewinn für alle Beteiligten liegt auf der Hand. Abgesehen von einer rationellen Erschliessung ergibt sich mit 0,67 eine rd. 10 % höhere Ausnutzungsziffer als im benachbarten Mattenbachquartier.

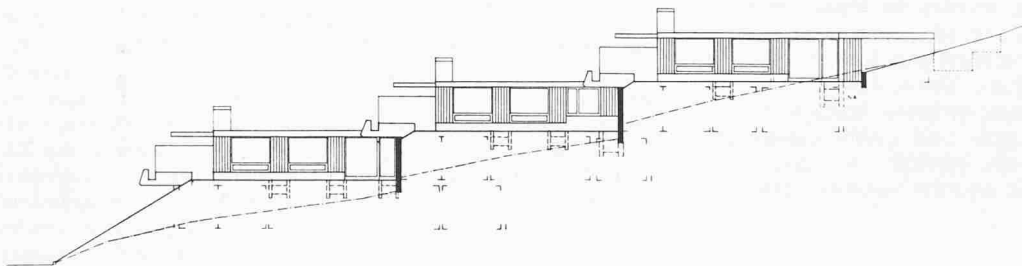


Bild 38. Südfassade mit den drei Wohntrakten. Die Schlafzimmertrakte sind hier verdeckt und liegen jeweils neben dem Untergeschoss des oberen Nachbarhauses

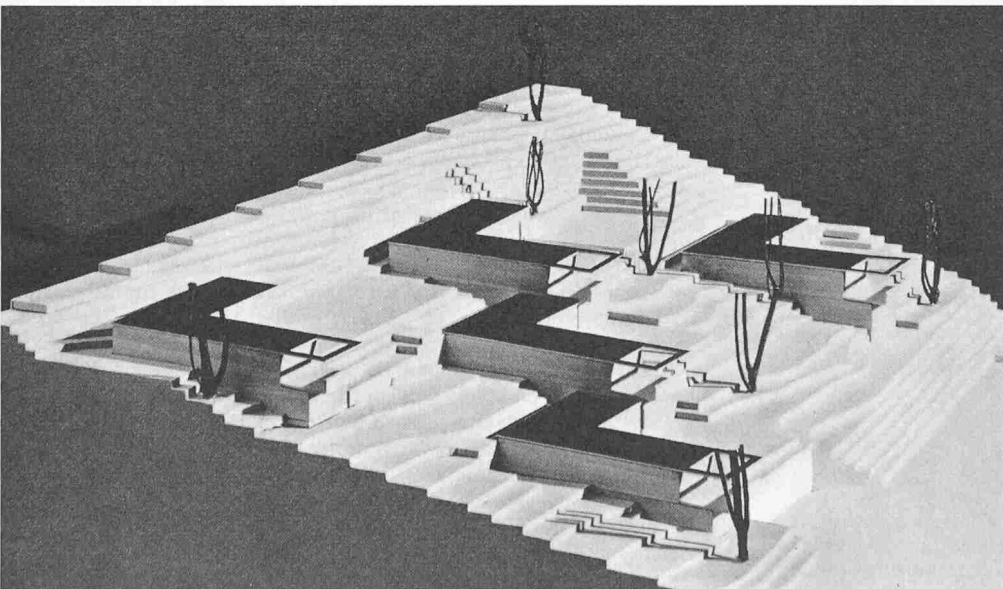


Bild 39. Gesamtansicht des Modells von Norden. Die Staffelung der Bauten ermöglicht trotz konzentriertem Grundriss eine klare Abtrennung der einzelnen Häuser

10. Hangüberbauung an der Burgstrasse

Auch heute noch kann ein bedeutender Anteil der Stadtbevölkerung Winterthurs im Einfamilienhaus wohnen, und die Behausungsziffer (Haushaltungen : bewohnte Häuser) ist niedriger als in irgend einer anderen schweizerischen Stadt vergleichbarer Grösse. Aus mannigfaltigen Gründen ist jedoch unsere Zeit dem Einfamilienhaus nicht sehr wohlgesinnt, und erst kürzlich musste der Schreiber von einem Fachmann schweizerischen Rufes (nachdem der Betreffende noch vor einigen Jahren diese Wohnart für die Familie derart hervorgehoben hatte, dass er beinahe zum Exponenten einer aufgelockert-vorstädtischen Ueberbauung geworden war) den abfälligen Ausdruck der «Einzelverhäuslung» hören. Umsomehr ist es zu schätzen, wie das ausgeführte Beispiel erweist, dass auch für diese Wohnform moderne, betont städtische und zugleich individuelle Lösungen sich finden lassen. Die hier auszugswise publizierte Gruppe von fünf Einfamilienhäusern wurde von

Prof. U. I. Baumgartner, Winterthur, erbaut und enthält nebst seinem eigenen Haus diejenigen vier weiterer privater Bauherren. Den Angaben des Architekten entnehmen wir folgende Beschreibung (Bilder 37-39).

Die Siedlung entstand an diesem landschaftlich reizvollen Punkte des erweiterten Siedlungsgebietes von Winterthur — am Westabhang des Brühlberges — während der Jahre 1958/1961. Durch Zusammenlegung mehrerer privater Landparzellen in einem ungefähren Ausmass von 4000 m² war es möglich geworden, eine grössere exponierte Hangpartie gesamthaft zu planen und zu überbauen.

Trotz der Mannigfaltigkeit der funktionellen Anforderungen, welche die einzelnen Bauherren vom Architekten erfüllt wissen wollten, ist es gelungen, eine im Innern wie im Aeussern einheitliche Ausdrucksform zu finden. Durch Ausnutzung des natürlichen Hanggefälles und einer entsprechenden Gliederung in der Horizontalen erreichte man für jeden Bauherrn eine weitgehend freie Sicht in die benachbarten Wälder und das untere Tösstal, sowie durch entsprechende Gestaltung der Zugänge für jeden eine optimal abgeschlossene private Sphäre.

Aus architektonischen und materiellen Gründen wurde bei der Ausführung ein Minimum verschiedener Materialien verwendet. Die winkelförmigen Baukörper enthalten im Südteil die Schlafzimmer mit Nebenräumen, im Westteil die Wohn- und Arbeitsräume und im Untergeschoss Spielraum, Gast- und Angestelltenzimmer, Bastelraum, sowie auf der Hangseite die erforderlichen Keller- und Luftschutzräume.

U. I. B.

11. Alterswohnungen an der Endlikerstrasse

Die Nachfrage nach Kleinwohnungen für unsere betagten Mitbürgerinnen und Mitbürger war in Winterthur besonders gross, da bis zum Jahre 1956 ausser den drei bestehenden Bürgerheimen keine Alterswohnungen bestanden. Es war dringend notwendig geworden, neben der kollektiven Unterkunft für unsere älteren Leute geeignete Alterswohnungen zu erschwinglichen Mietzinsen zu beschaffen. Der gemeinnützige und der öffentliche Wohnungsbau förderte ganz speziell die Erstellung von Familienwohnungen, und durch die Sanierung von Altwohnungen wurden die billigen alten Kleinwohnungen immer seltener.

Um der sich schnell aufdrängenden Wohnungsnot der älteren Ehepaare und von Alleinstehenden zu begegnen, fasste die Baugenossenschaft «Sunnigi Heimet» den Entschluss, an den Bau dieser schon lange diskutierten Klein-



Bild 40. Alterswohnungen an der Endlikerstrasse. Südtrakt der Ueberbauung mit der nördlichen Eingangsseite zu den Wohnungen (im Obergeschoss über den Laubengang). Architekt R. Favero, Winterthur

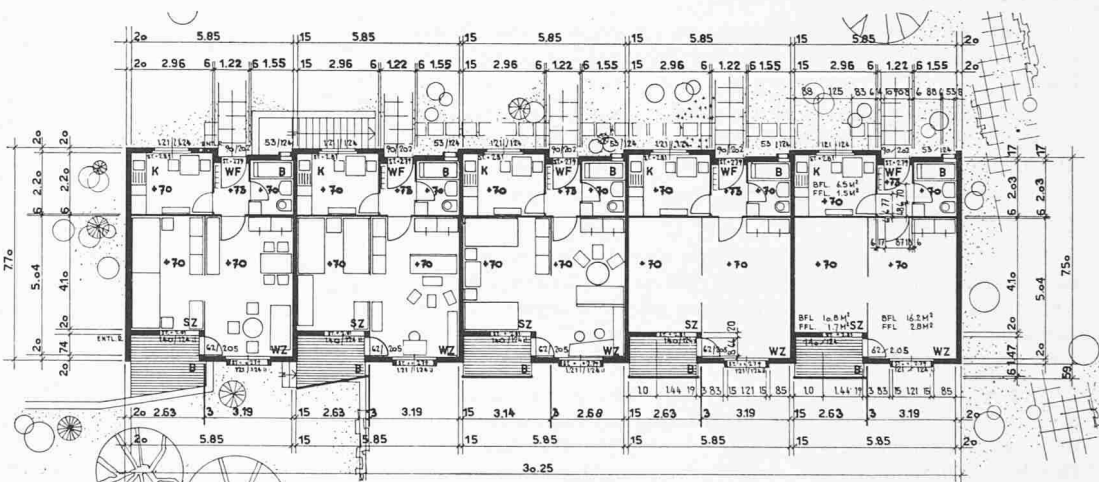


Bild 41. Zweizimmerwohnungen in eingeschossiger Bauweise. Unter den Balkonen liegen im Keller vermietbare Garagen. Masstab 1:275

wohnungen heranzugehen. Auf dem von der Stadt zum günstigen Preise von 20 Fr./m² zur Verfügung gestellten Bauland in der Nähe des Stadtkerns konnten nun diese gut eingerichteten Kleinwohnungen durch Arch. Romeo Favero, Winterthur, erstellt werden. Durch den Bezug dieser Alterswohnungen wurden dafür in Altbauten rd. 50 Wohnräume für grössere Familien frei. (Die Zahl 11 in Bild 5, S. 424, bezieht sich auf städtische Alterswohnungen in Wülflingen; die hier beschriebene Siedlung liegt südlich der Zahl 8 im genannten Bild.)

Im März 1956 begannen die Bauarbeiten, und die letzten Wohnungen wurden am 15. Dezember 1956 bezogen. Obwohl die Genossenschaft keine öffentlichen Mittel beanspruchte, wurde der Landerwerb wegen des günstigen Preises mit Auflagen verknüpft. Die Stadt bezeichnete einen Delegierten mit beratender Stimme. Die differenzierten Wohnungstypen des Projekts fanden die freundliche Zustimmung der Genossenschaft und anlässlich des Einzuges der neuen Mieter durfte eine herzliche Begeisterung für den gebotenen Komfort und die Anordnung der Räume festgestellt werden. Durch den später noch erstellten Block mit städtischen Alterswohnungen ergab sich ein weiträumiger Gartenhof, der als Ruhe- und Blumenpark mit schönem Baumbestand durchgebildet wurde.

Die Siedlung enthält in drei Blöcken insgesamt 24 Einzimmerwohnungen (70 bis 107 Fr./Monat), 11 Zweizimmerwohnungen (100 bis 102) sowie sieben Garagen und zwei Vierzimmer-Wohnungen. Zur Finanzierung wurden die zukünftigen Mieter herangezogen. Die Anteilscheine betragen 1500 Fr. bis 2500 Fr., je nach Wohnung. Die Bruttorendite erreicht 5,25%.

Beim Ausbau der Wohnungen wurde ganz besonders darauf geachtet, dass jede Wohnung die selbe vorteilhafte Kü-

chenausstattung erhielt. Die Böden hat man besonders stark isoliert und darüber fast durchwegs Kork- und Holzparkett verlegt. Jede Wohnung besitzt eigenes Bad mit Wanne oder Dusche, und jede Wohnung ist am Telefonnetz angeschlossen. Grosse Bastelräume sind vorhanden. In einem Zwischenbau steht allen Mietern ein gemeinsamer Aufenthaltsraum mit Kochnische für Tee und Kaffee zur Verfügung. R. F.

Fortsetzung folgt

Zur Förderung der Natur- und Ingenieurwissenschaften in Deutschland

Vorbemerkung der Redaktion. Wir veröffentlichen die nachstehende Entschliessung des Deutschen Verbandes technisch-wissenschaftlicher Vereine (nachfolgend mit «Verband» bezeichnet), weil dieser Vorstoss Probleme betrifft, die auch bei uns bestehen.

*

Der Vorsitzende des Deutschen Verbandes technisch-wissenschaftlicher Vereine, Bundesminister Professor Dr. S. Balke, gab auf der Jahresversammlung des Deutschen Verbandes am 17. Mai 1961 in Düsseldorf die nachstehende Entschliessung des Vorstandes nebst Begründung bekannt. Die Versammlung, durch welche 64 wissenschaftliche Gesellschaften mit insgesamt 170 000 Ingenieuren, Chemikern und Physikern ihren Willen bekunden, billigte einstimmig diese Entschliessung, die dem Bundeskanzleramt zugeleitet worden ist.

Entschliessung des Verbandes zur Förderung der Natur- und Ingenieurwissenschaften in der Bundesrepublik Deutschland:

Der Verband hält es für dringend erforderlich, dass die politischen Instanzen der Bundesrepublik die bisherigen Massnahmen und Einrichtungen zur Förderung der natur- und ingenieurwissenschaftlichen Forschung in allen Stufen ergänzen und ordnen.

1. Der Verband ist der Ansicht, dass dies die Gründung einer neuen Institution im staatlichen Bereich erfordert, die die Erfahrungen der bisher bestehenden Einrichtungen, Organisationen, Bundes- und Länderressorts nutzt und zweckmässiger zusammenfasst.

2. Der Verband hält eine solche Einrichtung nur dann für arbeitsfähig, wenn sie die erforderlichen Zuständigkeiten und haushaltsrechtlichen Möglichkeiten im Rahmen eines Bundesministeriums oder einer gleichrangigen Einrichtung besitzt.

3. Der Verband will mit diesen Vorschlägen dazu beitragen, dass in der Bundesrepublik das vorhandene natur- und ingenieurwissenschaftliche Potential verantwortlich und repräsentativ an nationalen und internationalen Aufgaben beteiligt werden kann, dass die Verwaltungspraxis bei der Förderung des Potentials einen möglichst hohen Wirkungsgrad erreicht, und dass die Anforderungen des Staates und der Wirtschaft an die Natur- und Ingenieurwissenschaften im Hinblick auf die zukünftige Entwicklung erfüllt werden können.

Der Verband bittet die Bundesregierung, in diesem Sinne tätig zu werden.

Für den Vorstand des Verbandes

gez.: Dr.-Ing. H. Kost Prof. Dr.-Ing. H. Schenck
Prof. Dr.-Ing. E. Wiberg

Begründung:

Die Bedeutung der Natur- und Ingenieurwissenschaften für die Existenz und die Entwicklung einer Nation ist heute allgemein anerkannt. Die personellen und materiellen Aufgaben und Aufwendungen zur Förderung dieser Wissenschaften und ihrer Anwendung haben im privaten und öffentlichen Bereich einen Umfang angenommen, der eine Koordination der verschiedenen Anstrengungen zwingend erfordert. Alle Nationen, die in diese unaufhaltsame Entwicklung ein-

bezogen sind, versuchen in den letzten Jahren verantwortliche universale Institutionen zu errichten oder haben sie bereits geschaffen, die die Bemühungen um die naturwissenschaftliche und technische Entwicklung zusammenfassen. Historische und strukturelle Gründe bedingen bei uns ein Neben- und manchmal sogar Gegeneinander staatlicher Notwendigkeiten und tatsächlicher Verhältnisse. Die hieraus entstehenden Nachteile wiegen um so schwerer, als sich die Bundesrepublik nach zwei Weltkriegen unter sehr schweren Startbedingungen wieder in den inzwischen erreichten Stand der Natur- und Ingenieurwissenschaften einfügen musste.

Die Gründe, die einer besseren Koordination in der Bundesrepublik entgegenstehen, beruhen vor allem in der Furcht vor einer staatlichen Planung und Lenkung der Forschung und vor einer zentralistischen Verwaltungspraxis. Sie sollten in ihrer Bedeutung nicht unterschätzt werden. Der Verband ist aber der Meinung, dass sich eine koordinierende Einrichtung in einer organisatorischen Form finden lässt, die die volle Freiheit von Forschung und Lehre und der Entwicklung der Wissenschaften ermöglicht. Er ist überzeugt, dass eine stärkere Beteiligung bestehender Selbstverwaltungsorganisationen die Koordinierung erleichtert.

Die erfreuliche und wünschenswerte Vielfalt der staatlichen und privaten Institutionen und Organisationen in Bund und Ländern hat in der Förderung der reinen und angewandten Forschung zweifellos in den letzten Jahren Erfolg gehabt. Dies ist durch Zuschüsse der öffentlichen Hand für Schwerpunkte der Entwicklung besonders wirksam gestaltet worden. Es fehlt aber eine Einrichtung, die die Erfordernisse und Möglichkeiten der einzelnen Wissenschaften in einem grossen Rahmen zusammenfasst, intern abstimmt und gegebenenfalls innen- und aussenpolitisch verwertet. Die teils aus verfassungsrechtlichen oder gesetzlichen Gründen erzwungene, teils durch die Praxis entstandene Komplikation in der Förderung der Forschung wirkt erschwerend und verteuern auf alle Massnahmen und Pläne, die den einzelnen Wissenschafts- und Forschungsgebieten zugute kommen sollen.

Die Bundesrepublik Deutschland wird in steigendem Masse auf Grund ihrer internationalen Verpflichtungen und der sozialen Entwicklung gezwungen sein, mit ihren Kräften hauszuhalten und sie nach Möglichkeit zu steigern. Natur- und Ingenieurwissenschaften beruhen zunehmend auf internationaler Zusammenarbeit und gegenseitigem Erfahrungsaustausch. Hierdurch werden wissenschaftliche und materielle Mittel sinnvoller genutzt und Arbeiten an Forschungsprojekten ermöglicht, deren Umfang die Kräfte und die Verantwortung einzelner Gelehrter, wissenschaftlicher Fachsparten und den nationalen Rahmen übersteigt.

Die Bundesregierung verfügt über kein Organ, das in wissenschaftlichen und Forschungsfragen auf internationaler Basis die deutschen Interessen unmittelbar, rasch, wirksam und verantwortlich vertreten kann. Der Verband befürchtet, dass nicht wiedergutzumachende Schäden für die Zukunft der Bundesrepublik entstehen, wenn die Gründung einer solchen zusammenfassenden Institution noch länger hinausgeschoben wird. Der Verband als Vertreter der deutschen technisch-wissenschaftlichen Vereine aller Fachrichtungen erwartet, dass die politischen Instanzen der Bundesrepublik diese Frage aufgreifen und eine organisatorische Lösung finden, die den Erfordernissen des Staates und der Wissenschaft entspricht.